

## Pressespiegel vom 21. bis 23.02.2012

### **Sächsische Zeitung**

#### **Handydaten werden nicht mehr abgefragt**

Von Thilo Alexe

*Nach den friedlichen Protesten gegen Neonazis setzt Sachsens Polizei weiter auf Zurückhaltung.*

Dresden. Die geglückte Deeskalationsstrategie der Polizei bei den Dresdner Anti-Neonazi-Demonstrationen soll fortgesetzt werden. Das kündigte Innenminister Markus Ulbig (CDU) gestern bei der Auswertung der Großeinsätze vom 13. und 18. Februar an. „Das Deeskalationsprinzip ist aufgegangen“, sagte er. Es soll weiter angewandt werden. Ulbig verwies dabei auf künftige Demonstrationen wie etwa am Jahrestag der Zerstörung von Chemnitz Anfang März.

Bei den Protesten gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten blieb es in diesem Jahr, anders als 2011, friedlich. Damals waren mehr als 100 Beamte verletzt worden. Ermittler erhoben danach mittels der sogenannten Funkzellenabfrage mehr als eine Million Handydaten. Das wird nun voraussichtlich nicht mehr passieren. Ulbig betonte, dass es im Zuge der Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern lediglich zu 14 Festnahmen gekommen sei. Nach Einschätzung des Ministers ist die nachträgliche Erfassung von Handydaten daher voraussichtlich unnötig.

Als unwahrscheinlich gilt zudem, dass Blockierer wie in den Vorjahren Strafbefehle erhalten. Denn nach Einschätzung von Beobachtern wurden von der Polizei keine Daten von Blockierern aufgenommen. Der Minister verwies darauf, dass die Versammlungsleiter der Proteste für einen friedlichen Ablauf gesorgt hätten. Zudem erwähnte er lobend die umfassenden Vorbereitungen durch die Arbeitsgemeinschaft 13. Februar.

An beiden Tagen waren nach Ulbigs Angaben mehr als 9000 Landes- und Bundespolizisten in Dresden im Einsatz. Das Großaufgebot verursachte nach einer Ministeriumsschätzung Kosten von rund fünf Millionen Euro.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2994167>

---

#### **Polizei macht Zurückhaltung zum Maßstab**

*Lächeln und reden statt Schutzschild und Gummiknüppel: Sachsens Polizei hat bei den Dresdner Protesten gegen Neonazis gute Erfahrungen mit einem neuen Einsatzkonzept gemacht. Sie setzt nun auf „Entspannungspolitik“.*

**Dresden.** Die sächsische Polizei will künftig bei allen ihren Einsätzen bewusst Zurückhaltung üben und auf Deeskalation setzen. Das stellte Innenminister Markus Ulbig (CDU) am Dienstag nach Erfahrungen mit den beiden Großeinsätzen in Dresden am 13. und 18. Februar klar. „Das Deeskalationsprinzip ist aufgegangen. Das wird die Basis für weitere Einsätze sein“. Konkret geht es darum, dass die Polizei sich selbst bei Provokationen zurückhält und lieber von der „zweiten Reihe“ aus agiert. „Es hat sich gezeigt, dass sich der enorme Aufwand gelohnt und ausgezahlt hat“, erklärte Ulbig. Die Proteste gegen Neonazis waren im Unterschied

zum Vorjahr friedlich geblieben. Am 19. Februar 2011 waren bei Gewaltexzessen auch mehr als 100 Polizisten verletzt worden.

Einsatzleiter Horst Kretschmar, der die Polizei am vergangenen Samstag bei Demonstrationen mit insgesamt rund 8.000 Teilnehmern führte, hatte das Deeskalationsprinzip so beschrieben: „Die Kunst bestand darin, auch mal einen Schritt zurückzugehen.“ Nach Aussagen von Innenstaatssekretär Michael Wilhelm hatten die Beamten mitunter Pöbeleien über die Schmerzgrenze hinaus ertragen müssen, sich aber bewusst zurückgehalten. Ulbig berichtete am Dienstag, dass es auch kritische Situationen gab. Im Demonstrationenzug der Initiative Bündnis Nazifrei liefen auch Linksautonome mit. Wenn sich Leute vermummten, müsse man Straftaten befürchten, sagte Ulbig. Die Organisatoren der Demonstration hätten aber reagiert.

### **Auch Versammlungsleiter gefragt**

Ulbig stellte klar, dass die Strategie zur Deeskalation nur klappt, wenn auch die Versammlungsleiter ihren Teil dazu beitragen. „Jeder an seiner Stelle muss Sorge tragen, dass Gewalt nicht die Oberhand gewinnt. Es gehören alle Beteiligten dazu.“ Nach Angaben des Innenministers kam es am 13. Februar zu 10 Festnahmen und 20 Straftaten. Damals waren inklusive Vor- und Nachbereitung des Einsatzes 6773 Beamte aus mehreren Bundesländern im Einsatz. Am 18. Februar registrierte die Polizei 23 Straftaten und vier Festnahmen. Nachdem Neonazis ihren für den 18. Februar geplanten Aufmarsch abgesagt hatten, wurde der personelle Aufwand auf 2.274 Polizisten reduziert.

Nach den gewaltsamen Ausschreitungen 2011 hatten die Ermittlungsbehörden eine Funkzellenabfrage veranlasst und tausendfach Daten auch unbescholtener Demonstranten erfasst und ausgewertet. Ulbig ging am Dienstag davon aus, dass wegen des friedlichen Ablaufs der Proteste in diesem Jahr eine solche Maßnahme weder vorgesehen noch erforderlich ist. (dpa)

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Polizei\\_macht\\_Zurueckhaltung\\_zum\\_Massstab/articelid-2993671](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Polizei_macht_Zurueckhaltung_zum_Massstab/articelid-2993671)

---

### **Februar-Proteste gegen Nazis kosten fünf Millionen Euro**

*Von Alexander Schneider*

*Sachsens Innenministerium fordert die Kosten für die beiden Großeinsätze der Polizei jetzt zurück.*

Rund fünf Millionen Euro kosten die beiden Großeinsätze der Polizei am 13. und 18. Februar den sächsischen Steuerzahler – zumindest nach vorläufigen Schätzungen des Innenministeriums. In der Summe sei alles enthalten, was der Freistaat für die Polizeieinheiten, die aus allen Bundesländern in Dresden eingesetzt waren, zahlen muss: Personal, Material, Anreise und Übernachtung. Die Schätzung orientiere sich an der Summe der beiden Großeinsätze im vergangenen Jahr in Höhe von sechseinhalb Millionen Euro, sagte Innenstaatssekretär Michael Wilhelm (CDU).

Die offenen Angaben des Landes überraschen: Wer sich in der Vergangenheit im Innenministerium nach den Kosten für große Polizeieinsätze erkundigte, bekam stets

---

einen Korb: Diese Frage ließe sich nicht so einfach beantworten, hieß es. Man müsse zunächst die Meldungen der eingesetzten Polizeieinheiten anderer Bundesländer abwarten und ähnliches mehr.

Auch wenn Wilhelm den friedlichen Verlauf der Kundgebungen sowie die Umsicht von Beamten und Demonstranten lobte, wies er wiederholt auf den Preis hin, nannte die Kosten „absolut inakzeptabel“. „Diese fünf Millionen hätte ich gern zusätzlich im Haushalt“, sagte er. Das könne nicht auf Kosten der Polizei gehen.

Die Absicherung des Nazi-Marschs am 13. Februar, bei der 4500 Beamte eingesetzt waren, habe – geschätzt – dreieinhalb Millionen Euro betragen. Am Sonnabend, als 1600 Uniformierte für Sicherheit sorgten, kämen weitere eineinhalb Millionen Euro hinzu.

Dieses Geld wird jährlich mit anderen Bundesländern, in denen im Gegenzug sächsische Beamte eingesetzt werden, verrechnet. Um die Kosten für Großeinsätze transparenter zu machen, sollen sie eigens im Haushalt ausgewiesen werden, sagte Wilhelm. Dafür werde er sich nun einsetzen. Weit mehr als die Dresdner Februar-Demos schlagen sämtliche Brisanzspiele in Sachsens Fußballligen zu Buche. Auch das sei Wilhelm ein Ärgernis.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2993552>

---

### **AG 13. Februar braucht neuen Moderator**

*Trotz der erfolgreichen Arbeit wird Frank Richter seine Aufgabe wie geplant niederlegen.*

Frank Richter, der anerkannte Moderator der Arbeitsgruppe 13. Februar, wird in der nächsten Sitzung im März seine Aufgabe zur Verfügung stellen. „Das war von Anfang an so vereinbart“, sagte Richter gestern. Er werde sich nun stärker um die Landeszentrale für politische Bildung, deren Direktor er ist, kümmern. Richter sagte, er habe sich gerne in der AG eingebracht: „Auch wenn mir nicht klar war, wie viel Arbeit das sein würde.“

Den Verlauf der friedlichen Demonstrationen am 13. und 18. Februar bezeichnete er als Erfolg. „Wir hätten in der AG auch noch Monate weiter planen und uns vorbereiten können. Wichtig war, dass die Stadt erlebt, dass ein friedlicher Protest möglich ist, und jetzt hat es auch geklappt. Was das angeht, bin ich glücklich“, sagte der 51-jährige Theologe. In der März-Sitzung will er ansprechen, was er an der Arbeit der AG für unverzichtbar hält. „Wir müssen eine Hierarchie in unsere Ziele bringen – die Gestaltung des 13. Februars, die Klärung, wie wir mit Rechtsextremismus umgehen, und wie wir die Gedenk- und Erinnerungskultur in Dresden weiterentwickeln können“, sagte er. Darüber hinaus empfiehlt er einen regelmäßigen Austausch mit dem Bündnis „Dresden nazifrei“. (lex)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2993549>

---

### **Strafbefehl gegen Bodo Ramelow**

Dresden/Erfurt. Weil er sich Rechtsextremisten in Dresden entgegenstellte, soll der Thüringer Linksfraktionschef Bodo Ramelow 3400 Euro zahlen. Das geht aus dem Strafbefehl hervor, den das Amtsgericht Dresden dem Politiker zustellte. Ferner habe

---

er die Verfahrenskosten zu tragen. Ramelow hatte sich nach Auffassung des Gerichts am 13. Februar 2010 zusammen „mit mehreren tausend Personen maßgeblich“ an der Blockade eines genehmigten Aufzugs der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland beteiligt. Der Erfurter Landtagsabgeordnete fühlt sich von der sächsischen Justiz gegängelt. Er legte Widerspruch gegen den Strafbefehl ein. (SZ/ale)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2993402>

---

## **Dresdner Neueste Nachrichten**

### **Dresden und der 13. Februar – welchen Weg nimmt die Gedenkkultur?**

*Jane Jannke*

Dresden. Nach den Gedenkfeierlichkeiten zum 13. Februar an den vergangenen Tagen ist in Dresden langsam wieder Ruhe eingekehrt. Weithin wird der friedliche Verlauf als Erfolg gefeiert, das Bündnis Dresden-Nazifrei sieht sogar bereits Veränderungen in der Dresdner Gedenkkultur. Die Dresdner Bevölkerung ist sich allerdings uneinig, ob das Jahr 2012 als Erfolg bewertet werden kann.

André trägt die nächste Generation bereits friedlich schlummernd auf dem Rücken durch das militärhistorische Museum in der Dresdner Albertstadt. „Man kann froh sein, dass sich in Dresden ein solch breites Protestbündnis gegen Nazis formiert hat. Die Stadt muss weg von diesem Opferkult“, sagt der junge Vater. Allerdings müsse alles im Rahmen bleiben. Für Betroffene müsse es die Möglichkeit geben, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen. „Insgesamt denke ich aber, dass wir mit den Protestaktionen auf dem richtigen Weg sind.“

Klaus Tembrich hat im April 1945 als Junge die Bombardierung seiner Heimatstadt Potsdam überlebt. „Man dürfe nicht vergessen, wer den Krieg begonnen hat, sagt er. Am 13. Februar werde an die schreckliche Zerstörungswut des Krieges erinnert. Dass die NPD dies für sich vereinnahmt, sei bitter. Am besten solle man die verbieten. „In den 60er-Jahren wurde still der Opfer gedacht. Auch damals läuteten schon kurz vor 22 Uhr alle Kirchenglocken - da kommen mir noch heute die Tränen. So sollte es wieder werden.“

Wie Tembrich geht es vielen, gerade älteren Dresdnern. Das heutige Gedenken an die Geschehnisse des 13. Februar 1945 sei so nicht in Ordnung, kommentiert ein älteres Ehepaar, das anonym bleiben will. Jeder instrumentalisiere das Datum wie es ihm gerade passe - Rechte, Linke und die Stadt gleichermaßen. Und trotzdem sei es für viele ein rotes Tuch, über das nicht ernsthaft gesprochen wird.

Hellfried Buck, der mit Sohn Johann (10) unterwegs ist, sieht vor allem die Stadtoberen in der Pflicht. „Dass sich den Nazis in Dresden in den Weg gestellt wird: richtig so! Die Stadt hat hier schmachvoll versagt. Wenn es nach mir ginge, dürften Extremisten und Störenfriede auf rechter wie auf linker Seite am 13. Februar in Dresden nicht mehr auftreten.“ Jeder habe ein Recht auf Trauer, findet Buck. Störaktionen und Gewaltakte dürfe man nicht tolerieren. „Das ist ja teilweise wie im Krieg. Nur weil es in diesem Jahr mal ruhiger geblieben ist, heißt das nicht, dass es künftig so weitergeht.“ Hier sei die Stadt gefragt, doch die schicke stattdessen das Fußvolk vor.

Ähnlich sieht es auch Felix Wolf. „Ich habe in diesem Jahr selbst mitblockiert und finde, dass es super gelaufen ist. Besonders, weil es so friedlich blieb und die Nazis trotzdem kaum laufen konnten.“ Chaoten brauche niemand, findet der junge Mann: „Die kommen doch eh nicht wegen des Gedenkens, sondern um zu randalieren. In diesem Jahr hat klar die Polizei gewonnen, weil die es geschafft hat, beide Lager erfolgreich voneinander zu trennen, ohne dass es eskalierte.“

Gerhard und Irmela Bonitz leben in Pirna, haben das Gedenken zum 13. Februar in der Nachbarstadt aber seit vielen Jahren im Blick. Ruhiger müsse es endlich wieder werden, finden beide. Früher sei darum nie so ein Rummel gemacht worden. „Das war alles viel privater damals“, sagt Irmela Bonitz. Man bekomme das Gefühl, dass es so eine Art Modeerscheinung geworden sei, an diesem Tag nach Dresden zu kommen und Radau zu machen, egal aus welcher politischen Ecke, ergänzt ihr Mann: „Wie bei einem Fußballspiel.“ Die Vereinnahmung durch die NPD sei schlimm genug, die solle man endlich verbieten, sind sich die Senioren einig. Andere Städte seien schließlich auch zerstört worden, auch von Deutschen. „Das Gedenken ist völlig irrational geworden: Auf der Straße bekriegen sich meist die, die es eigentlich gar nicht betrifft, während die tatsächlich Betroffenen oft im stillen Kämmerlein sitzen.“

© DNN-Online, 20.02.2012, 16:02 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/dresden-gedenken/detail/-/specific/Dresden-und-der-13-Februar-welchen-Weg-nimmt-die-Gedenkkultur-414420113>

---

## **Bündnis Dresden-Nazifrei zieht zufriedenes Fazit des Februars 2012**

*Stephan Lohse*

Dresden. Das Aktionsbündnis Dresden-Nazifrei hat nach den Ereignissen rund um den Jahrestag der Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945 ein zufriedenes Fazit gezogen. „Ja, es war eine erfolgreiche Woche“, sagte Sprecher Stefan Thiele gegenüber DNN-Online. So blieb es im Gegensatz zu 2011 in diesem Jahr weitgehend friedlich. Die im Vorfeld befürchteten Ausschreitungen von Linksextremen blieben aus.

Stattdessen freute sich das Bündnis am 13. Februar über mehr als 2000 Teilnehmer beim Mahngang Täterspuren sowie erfolgreiche Blockaden, die den Rechtsextremen nur eine Mini-Route von weniger als 1,3 Kilometer ermöglichten. Am 18. Februar nahmen schließlich nach Veranstalterangaben mehr als 10.000 Teilnehmern an der Demo durch die Stadt teil.

Selbst die Dresdner Polizei sprach nach der von Dresden-Nazifrei organisierten Großdemo von bis zu 10.000 Teilnehmern am Sonnabend von einer „unausgesprochenen Kooperation“, so der Einsatzleiter Horst Kretzschmar. „So würde ich es vielleicht nicht nennen“, meint Thiele. Er selbst freue sich aber über dem Bündnis festgestellten Richtungswechsel innerhalb der Polizeiführung hin zu einer Taktik der Deeskalation.

„Die Kunst bestand darin, auch mal einen Schritt zurückzugehen“, hatte Polizei-Einsatzleiter Kretzschmar das Vorgehen beschrieben. Zudem war es am Samstag

auch sichtbar, wie auch die Mitarbeiter des Bündnisses immer wieder aktiv auf ihre Demo-Teilnehmer zugehen, und eventuell aufgeheizte Gemüter zu beruhigen versuchten.

Thiele freute sich zudem, dass es in diesem Jahr bisher keine Indizien für eine ähnliche Strafverfolgung wie 2011 gebe. Das vergangene Jahr sei hier „exzessiv“ gewesen, weshalb Dresden-Nazifrei am Samstag nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen sogenannte „sächsische Verhältnisse“ demonstriert hatte. Diese Prozesse würden das Bündnis auch weiterhin beschäftigen. Thiele hofft allerdings, dass sich die neue Stimmung auch auf die Justiz übertrage, dass die Richter in ihrer Entscheidungsfindung nicht mehr zu den rigorosen Bewertungen von 2011 zurückkehren.

In diesem Jahr sei die Stimmung dagegen ganz anders gewesen, blickt Sprecher Stefan Thiele zurück. So habe die Polizei die Blockaden vom Montag in diesem Jahr nicht eingekesselt und wie 2011 die Personalien aufgenommen. Stattdessen seien die Blockaden als Spontandemos akzeptiert worden.

Wie viel das Bündnis im nächsten Jahr zu tun haben werde, sei laut Thiele bisher noch völlig unklar. Es sei durchaus möglich, dass die Rechtsextremen nach drei gescheiterten Versuchen noch einmal einen „Neustart“ in Dresden probieren. Er selbst hoffe aber, dass die erneute Niederlage die Nazis eine ganze Weile beschäftigen werde. In jedem Fall hoffe er, dass der Protest gegen Rechtsextreme nach den Erfolgen in den nächsten Jahren etwas leichter werden könnte. Bis dahin stehe innerhalb von Dresden-Nazifrei nun erstmal eine umfassende Auswertung der vergangenen Wochen und Monate auf dem Plan.

© DNN-Online, 21.02.2012, 12:59 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/dresden-gedenken/detail/-/specific/Buendnis-Dresden-Nazifrei-zieht-zufriedenes-Fazit-des-Februars-2012-2115791666>

---

### **Nach dem 13. Februar: Sachsens Polizei will Zurückhaltung zum Maßstab machen**

*dpa*

Dresden. Die sächsische Polizei will künftig bei allen ihren Einsätzen bewusst Zurückhaltung üben und auf Deeskalation setzen. Das stellte Innenminister Markus Ulbig (CDU) am Dienstag nach Erfahrungen mit den beiden Großeinsätzen in Dresden am 13. und 18. Februar klar. „Das Deeskalationsprinzip ist aufgegangen. Das wird die Basis für weitere Einsätze sein“. Konkret geht es darum, dass die Polizei sich selbst bei Provokationen zurückhält und lieber von der „zweiten Reihe“ aus agiert. „Es hat sich gezeigt, dass sich der enorme Aufwand gelohnt und ausgezahlt hat“, erklärte Ulbig. Die Proteste gegen Neonazis waren im Unterschied zum Vorjahr friedlich geblieben.

© DNN-Online, 21.02.2012, 13:58 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/dresden-gedenken/detail/-/specific/Nachdem-13-Februar-Sachsens-Polizei-will-Zurueckhaltung-zum-Massstab-machen-1892147968>

---